

Die Braunschweiger Zeitungen reagierten (erst) im Dezember auf die Entscheidung der Landesregierung „pro Hannover“:

Regional-Rechenzentrum:

Hannover machte das Rennen

Kommt das geplante Regional-Rechenzentrum doch noch nach Braunschweig? Hannover scheint das Rennen gemacht zu haben.

Dennoch äußerte Oberstadtdirektor Weber noch Hoffnung, als er eine Anfrage der FDP-Ratsherren beantwortete, die wissen wollten: Was unternimmt die Verwaltung, um das Rechenzentrum nach Braunschweig zu holen?

Weber skizzierte noch einmal die Stationen der Bemühungen — nachdem er sich für die „nicht termingerechte Antwort“ entschuldigt hatte. Der Verwaltungschef erwähnte u. a. das Gespräch mit dem Präsidenten der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), Professor Blenk, die Unterstützung der Stadt bei den Eingaben der Braunschweiger Bundestagsabgeordneten sowie der Industrie- und Handelskammer beim Kultusministerium in Hannover.

Nach der Stellungnahme der IHK, die für den Standort Braunschweig plädiert hatte (die BZ berichtete ausführlich über alle Schritte) habe Hannover bisher nichts mehr von sich hören lassen.

In der Beratung zum Einzelplan 7 des Haushalts nannte FDP-Ratsherr Lüpke die Bemühungen der Stadtverwaltung, das regionale Rechenzentrum nach Braunschweig zu bekommen, „gleich Null“. Weil die Stadt Hannover viel intensiver bei der Landesregierung vorstellig geworden sei, sei die Entscheidung schon zugunsten der Landeshauptstadt gefallen.

-is-

Braunschweiger Zeitung, 18.12.1969

Rechenzentrum kommt nach Hannover

BRAUNSCHWEIG (bdk). Hitzige Debatten und scharfe Angriffe gegen die Verwaltung löste im Rat der Stadt eine Anfrage der FDP-Fraktion vom Februar dieses Jahres aus, die Oberstadtdirektor Hans-Günther Weber nach seinen eigenen Worten „leider mit Verspätung“ beantwortete. Die Anfrage zielte auf das Regional-Rechenzentrum. Weber: „Es ist von unserer Seite alles geschehen, um Braunschweig zum Standort zu machen.“ Demgegenüber FDP-Rats herr Lüpke: „Die Bemühungen waren gleich Null.“ Das Rechenzentrum gehe deshalb nach Hannover.

Oberstadtdirektor Weber verwies auf ein Schreiben an den Präsidenten der Deutschen Forschungs- und Ver-

suchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR), Professor Blenk. Ferner habe Oberbürgermeister Bernhard Ließ Gespräche mit der Industrie- und Handelskammer (IHK) geführt. Auch die Braunschweiger Bundestagsabgeordneten hätten sich mit Unterstützung der Stadt für Braunschweig als Rechenzentrum eingesetzt.

Daß die Chancen, dieses wichtige Zentrum nach Braunschweig zu holen, indes minimal sind, sagte auch Oberbürgermeister Ließ. Ein Gutachten soll das Kultusministerium dazu bewegen haben, Hannover als Standort zu bestimmen. Der Oberstadtdirektor hatte demgegenüber gesagt, die Entscheidung sei noch nicht gefallen.

Braunschweiger Presse, 17.12.1969

Rechenzentrum für Hannover - keine Abfuhr für Braunschweig

Langeheine rechtfertigt Entscheidung der Standortwahl

HANNOVER (EB) In einem Bericht unserer Zeitung vom 17. Dezember, mit dem Titel: „Vorwürfe gegen Langeheine“, wirft der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Steinmetz dem niedersächsischen Kultusminister Langeheine vor, mit der Vergabe des zentralen Rechenzentrums an Hannover statt an Braunschweig habe er dazu beigetragen, die einzige Großstadt an Niedersachsens Zonengrenze weiter zu degradieren.

Hierauf erwidert das niedersächsische Kultusministerium folgendes:

1. Mit namhafter Unterstützung des Bundes soll auch in Niedersachsen ein Großrechenzentrum für den Wissenschaftsbedarf errichtet werden. Um den Standort haben sich vor allem Braunschweig und Hannover beworben. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die als besonders sachverständige Stelle um ein Standortgutachten gebeten worden war, hat sich für Hannover ausgesprochen.

2. Nach zweimaliger eingehender Erörterung im Kabinett hat die niedersächsische Landesregierung dem Standort Hannover zugestimmt, und zwar im wesentlichen aus folgenden Gründen:

● Während die Technische Universität Braunschweig über die größte und modernste Maschine der drei großen niedersächsischen Universitäten verfügt und die physikalisch-technische Bundesanstalt in Braunschweig kürzlich eine neue Rechenanlage erhalten hat, ist die

Anlage der Technischen Universität Hannover veraltet und in ihrer Kapazität völlig unzureichend. Für Hannover ist deshalb eine schnelle und nachhaltige Hilfe von Grund auf erforderlich. In Braunschweig kann dagegen die Situation schon entscheidend durch Ergänzungen der vorhandenen Anlagen verbessert werden.

● Ein Rechenzentrum ist nur dann optimal leistungsfähig, wenn es zentral liegt. Da alle Hochschulen und sonstigen wissenschaftlichen Einrichtungen mit Satellitenrechnern angeschlossen werden, sind die laufenden Kosten und die Zahlungen an die Bundespost höher, wenn die Rechenanlage an der Peripherie ihres Wirkungsbereiches liegt.

3. Der Standortfrage für das Großrechenzentrum wird offenbar eine zu hohe landespolitische Bedeutung beigemessen. Das Rechenzentrum steht nur der Wissenschaft, nicht der Wirtschaft zur Verfügung. Die Aufstockung einer örtlichen Rechenanlage zum Großrechenzentrum bringt nur ein Mehr von etwa 30 Beschäftigten.

4. Minister Langeheine hat dem Rektor der Technischen Universität Braunschweig in einem Schreiben vom 12. November 1969 für die Verbesserung der Rechensituation in Braunschweig jede nur mögliche Unterstützung, auch dem Bund und der Deutschen Forschungsgemeinschaft gegenüber, zugesagt. Gleichzeitig hat er auch Herrn Dr. Steinmetz in diesem Sinne unterrichtet.

Braunschweiger Zeitung, 20.12.1969